

Neujahrsansprache

von Bernhard Sander

Aussichten auf das Jahr 2008

2008: Die Unzufriedenheit wächst, die politische Blockade hält an und der wirtschaftliche Aufschwung erlahmt. DIE LINKE ist bundesweit drittstärkste Kraft - entgegen allen Unkenrufen von rechts wie links in der Gründungszeit.

Mit dem Sozialbericht NRW ist deutlich geworden, dass der sogenannte Mittelstand, zu dem sich auch die meisten Arbeitnehmer lange gerechnet haben, verschwindet. Die Verarmung greift in die sogenannte Mitte der Gesellschaft.

Die gesicherten sozialen Rechte wurden im abgelaufenen Jahr in Frage gestellt (Mitbestimmungsrechte im LPVG, öffentlicher Dienst-Status bei Stadtwerken und vielen Landesämtern, Leiharbeit in den Industriebetrieben usw.), die Einkommenssituation wird sich bei 3% Inflationsrate vor allem für die Bezieher von Festeinkommen (Hartz IV, 20 Mio. Rentner, Bafög-Empfänger usw.) weiter verschlechtern. Dies wird die Spannung zu Gewerkschaften, denen es diesmal im Ansatz gelingen könnte, Lohnsteigerungen über der Preissteigerung zu erkämpfen, verstärken, obwohl faktisch die Unternehmen durch eine negative Lohndrift diese Nominallohnsteigerungen abzufangen versuchen (verkappte Arbeitszeitverlängerungen, Verrechnung mit sogenannten freiwilligen Zahlungen). DIE LINKE steht vor der Aufgabe, die unterschiedlichen Interessen miteinander zu vermitteln (Mindestlohn - Kampf gegen die Leiharbeit und prekäre Beschäftigung - Kampf gegen Altersarmut). Die Zahl derer, die die Verhältnisse als ungerecht empfinden, ist seit 2000 von 47 auf 56% gestiegen. Seit 2004 sank die Zahl der Menschen, die diese Verhältnisse noch als gerecht bezeichnen mögen von 21 auf 15% gesunken. In dieser Lage ist es kein Wunder, dass sich die politische Unzufriedenheit ebenfalls weiter aufbaut.

Keinesfalls ist der neoliberale Block zu einer gesicherten Hegemonie in der Lage. Die politischen Lager sind in keiner Zweier-Konstellation um CDU oder SPD zu stabilen Regierungsmehrheit in der Lage. Der Versuch der SPD, durch sprachliche Leerformeln ("demokratischer Sozialismus") oder durch Teilkorrekturen an den politischen Positionen ("Mindestlohn"), aus dieser Lage herauszukommen, sind bisher ohne steigende Sympathiewerte für die SPD geblieben. Das erste Quartal 2008 wird daher von den Versuchen geprägt sein, in den Landtagswahlen diese Pattsituation zu überwinden. Es ist zu bezweifeln, dass dies gelingen und zu einer Klärung der Hegemonial-Konstellation führen wird. DIE LINKE darf sich in dieser Lage in keine Regierungskonstellationen ziehen lassen, die nicht spürbare Verbesserungen im Alltag bringen können, sondern muss weiter die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen zum Ausdruck bringen. Umgekehrt handelt es sich keinesfalls darum, mit politischen Konzepten und dem Warenhauskatalog linker Steckenpferde aufzuwarten, mit denen selbsternannte Linke in NRW 15 Jahre nicht über ein Prozent der Wähler erreicht haben. Der Klassenkampf-Jargon der zwanziger Jahre ist heute unverständlich; dies käme dem Verteilen von Flugblättern in chinesischer Sprache gleich. Nachwievor gelten Schweden und die skandinavischen Länder den Menschen als vorbildliche Wohlfahrtsstaaten. Die Systemfrage stellt sich in weitaus umfassenderen Sinn als

nur in der Frage öffentlichen Eigentums an Stromnetzen. Aber sie stellt sich ganz in den realen Lebenslagen.

DIE LINKE in NRW steht vor der Aufgabe, die sozialen Verhältnisse darzustellen (Familienatlas), über die Verteilungsverhältnisse aufzuklären (Armutbericht) und die unmittelbaren Interessen zu artikulieren und miteinander zu vermitteln. Solange Beschäftigungsaufbau und Wachstumsquoten die Entwicklung prägen, kommt es darauf an, Teilhabe einzufordern: Gute Arbeit, gesicherte Einkommen für die Beschäftigte, Mindestsicherungen für Bezieher von Sozialeinkommen, gute soziale Dienste usw. Es steht dem größten westlichen Landesverband gut an, sich an hervorragender Stelle an allen Kampagnen des Bundesvorstandes zu beteiligen. Theoretische Zuarbeit wird dabei wichtig bleiben.

2008 wird voraussichtlich das Jahr des wirtschaftlichen Abschwungs, auch wenn das Ausmaß, Tempo und Schärfe jetzt noch nicht abzuschätzen ist. Die Experten rechnen mit Wachstumsraten von deutlich unter 2%, und damit unter der Schwelle, die zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Sind die Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz schon wieder zunichte, dann zeichnen sich neue Defizite in den Sozialversicherungen an und folgend neue Operationen zum Einbau der Systemlogik der privaten Risikoabsicherung. Die SL ist die einzige Strömung in der Partei, die über Ansätze zu einem Anti-Krisen-Programm verfügt, das sofort wirksam sein wird. Die Schutzfunktion dieses Programms sollte daher verdeutlicht werden. Sollte sich die Wirtschaftskrise im Laufe des Jahres 2008 / 2009 akzentuieren, müssen die Kampagnen des Bundesvorstandes durch neue Schwerpunkte ersetzt werden. Dazu kann die SL Zuarbeit leisten.

Ministerpräsident Rüttgers stellt sich als das soziale Gewissen der CDU dar. Seine Pläne, unproduktive Kostgänger aus dem Staatsapparat zu verbannen, den Finanzplatz Düsseldorf zu stärken und Wirtschaftsförderung durch kommunale Ungleichheitsförderung zu ersetzen, werden durchkreuzt von den Strategien des Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus, daher greift er die wildesten Auswüchse dieses neuen Kapitalismus gerne an (Managergehälter). Er hat ein Gespür, dass nur durch eine Einbindung und Aufwertung der Arbeit in ein Bündnis der Produktiven die neoliberalen Konzepte überhaupt eine Zukunft haben. Die SPD kann Rüttgers wenig entgegensetzen, da sie eine Variante dieses Bündnis der Starken vertritt und noch immer der Illusion der Chancengerechtigkeit anhängt. In der Bevölkerung wird demgegenüber die Funktion des Sozialstaats, Ungleichheit zu korrigieren, positiv hervorgehoben wird, weil der Kapitalismus systematisch Ungleichheit produziert. DIE LINKE hat die Chance, sich neben diesen Kräften als sozialistische Volkspartei zu positionieren, in dem sie diese Unterschiede immerwieder betont.

Der Parteaufbau steht in NRW auch 2008 im Vordergrund. In NRW erzielt die Linke bei der Sonntagsfrage für die Bundestagswahlen 9%, bei Umfragen zur Landtagswahl aber nur 6% - hier klafft eine erhebliche Lücke in der Kompetenz und Lebensnähe. Die Selbstgenügsamkeit, die Nestwärme der bisher organisatorisch Erfassten zu konsolidieren, unterschätzt die Drehtüreffekte. Nur durch lebendigen Meinungsaustausch der ganz unterschiedlichen Gruppen in der Partei und mit der Gesellschaft werden wir verhindern, dass Karrierestreben, entrüstische Mauscheltaktiken und inszenierte Skandale das Parteibild bestimmen. Selbstkritisch macht die SL die Erfahrung, dass jedes Milieu, das sich im jeweiligen Kreisverband

nicht personell und durch inhaltliche Angebote repräsentiert sieht, die Partei über kurz oder lang verlässt. DIE LINKE steht vor der Aufgabe, die Unzufriedenheit in der Gesellschaft zu organisieren, zu vermitteln und zu artikulieren.

Alles wird sich schon jetzt daran messen lassen, was es zur Vorbereitung der Wahlkampagnen 2009 argumentativ und organisatorisch beiträgt. Im abgelaufenen Jahr sind weitere 15 Tausend aus der CDU und 20 Tausend aus der SPD ausgetreten. Es gilt nach wie vor, die Nicht-mehr-WählerInnen oder NichtwählerInnen, dazu zu bringen, sich zu artikulieren. Trotz des fortschreitenden Zerfalls zivilgesellschaftlicher Strukturen (Vereinsleben, Begegnungszentren usw.) sollte versucht werden, dauerhafte Verbindungen auch zu nicht explizit linken Organisationen aufzubauen (VdK, KAB usw.).

DIE LINKE müsste sich bis in den Strukturen der parallelen Armutsökonomie verankern (Sozialkaufhäuser, Tauschringe usw.), denn es geht darum, aus dieser Energie raubenden Netzwerkbildung des materiellen Überlebenskampfes überhaupt erst mal wieder aktiven sozialen Protest zu machen.

DIE SL ist von ihrem Selbstverständnis her erst mal nicht „his majesty’s loyal Opposition“. Die SL ist, weil sie die einzige „aufgetauchte“ Strömung ist, auch die einzige legitime Kraft, den Westen, die WASG-Tradition und den Aspekt der Radikalität in die Gesamtpartei zu tragen. Die SL sollte sich allerdings bewusst bleiben, dass innerparteiliche Zusammenschlüsse in der Partei nur einen kleinen Teil der Mitgliedschaft darstellen und nur dann nützlich sind, wenn sie zur Parteientwicklung beitragen.

Bernhard Sander, Januar 2008

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>